

Sächsische Elbzeitung.

Amts- und Anzeigebblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Schandau und den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Die „Sächs. Elbzeitung“ erscheint Mittwoch und Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, sowie durch die Expedition dies. Bl. für 1 Mark vierteljährlich zu beziehen. — Inserate für das Mittwochsbblatt werden bis Dienstag früh 9 Uhr, für das Sonnabendblatt spätestens bis Freitag früh 9 Uhr erbeten. — Preis für die gewöhnliche Corputzelle oder deren Raum 10 Pf., Inserate unter 5 Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet, (tabellarische oder complicirte nach Uebereinkunft.) — Inserate für die Elbzeitung nehmen an in Hohnstein Herr Bürgermeist. Hesse, in Dresden und Leipzig die Annoncen-Bureau von Haafenstein & Bogler, W. Saalbach, Invalidenbank und Rud. Woffe.

N^o. 85.

Schandau, Mittwoch, den 22. October

1879.

Politische Weltschau.

Die Rückkehr des Kaisers von Baden-Baden nach Berlin ist bis zum 22. October verschoben. Der rüstige Monarch wird wahrscheinlich am 28. October den preussischen Landtag in Person eröffnen und wird bereits das übliche Material für die Thronrede in den Ministerien zusammengestellt.

Die Ursachen der raschen Ueberfiedelung des Fürsten Bismarck von Berlin nach Barzin und des längeren Aufenthaltes daselbst sind in dem wieder hervorgetretenen heftigen Nervenleiden des Fürsten zu suchen, aus welchem Grunde derselbe wahrscheinlich auch den bevorstehenden Verhandlungen des preussischen Landtages nicht beiwohnen wird. Es fällt daher dem Vicepräsidenten des preussischen Staatsministeriums, dem Grafen Stolberg zum ersten Male die Aufgabe zu, den Fürsten Bismarck im Landtage vollständig zu vertreten.

Am vergangenen Donnerstage hielt der Bundesrath eine Plenarsitzung ab, in welcher über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen, ziemlich zahlreichen Vorlagen Beschluß gefaßt wurde. Außerdem beschäftigte sich der Bundesrath mit einigen Ausführungsbestimmungen, betreffend die neuen Zölle. In vergangener Woche ereignete es sich auch, daß der Ausschuß des Bundesrathes für auswärtige Angelegenheiten eine Verathung hatte. Dieselbe galt offenbar dem Abschluß des deutsch-österreichischen Allianzvertrages, über dessen Vorhandensein kein Zweifel mehr existirt.

Ueber die Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses liegen noch immer keine vollständigen Nachrichten vor, da noch von circa 50 Abgeordneten die Angabe der Parteiangehörigkeit fehlt. Inzwischen sind einige Kundgebungen der Regierung über die Parteilage laut geworden, an welche man vor vier Wochen nicht gedacht hat. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, welche bekanntlich in nahen Beziehungen zum Fürsten Bismarck steht, erklärt sich mit einem Mitwirken der Verständigen unter den Liberalen an den positiven Regierungsaufgaben einverstanden und warnt diejenigen Conservativen, welche nur umgekehrte Fortschrittsmänner seien, die wahrhaft conservativen Bestrebungen nicht zu verhindern. Ferner erklärt die halbamtliche „Provinzialcorrespondenz“, daß die Regierung nicht mit der Beförderung der Werke der letzten zwölf Jahre, sondern mit der Fortführung der betreffenden Reformen auf den Gebieten der Steuern, der Eisenbahnen und der Verwaltung, welche stets die Unterstützung bedeutender Persönlichkeiten der nationalliberalen Richtung erfahren hätten, beschäftigt sei. Aus diesen Kundgebungen der Regierungskreise muß man trotz der heftigen Angriffe auf die Liberalen seltener Weise den Schluß ziehen, daß die Regierung gesonnen ist, nach wie vor ihre Stütze in den gemäßigten conservativen und gemäßigten liberalen Elementen zu suchen.

Das Leiden, wegen welchem der preussische Justizminister Leonhardt von seinem Posten zurückzutreten gedenkt, soll bedauerlicher Weise große Aehnlichkeit mit der Brustwassersucht haben. Wenn die Aerzte wirklich an dieser Diagnose festhalten, so dürfte freilich der Minister Leonhardt bald sein Amt niederlegen müssen.

Der greise Generalfeldmarschall v. Manteuffel, den das Vertrauen seines Kaisers an die Spitze der Regierung für Elsaß-Lothringen stellte, hat auf seiner Rundreise durch Elsaß-Lothringen an die Behörden und die Vertreter der Bevölkerung die tactvollsten Ansprachen gehalten, welche wir leider an dieser Stelle nicht wörtlich wiedergeben können, doch sei bemerkt, daß die Regierung des Generalfeldmarschalls v. Manteuffel im Geiste der rücksichtsvollen Versöhnung gepaart mit der nothwendigen Kraft und Strenge gehandelt wird.

Ueber die zwischen Deutschland und Oesterreich

während des Aufenthaltes des Fürsten Bismarck in Wien getroffenen Vereinbarungen werden nun auch officiöse Wiener Stimmen laut. Danach ist die Vereinbarung ein Garantievertrag, der den Schutz des beiderseitigen Gebiets und die Aufrechterhaltung der bestehenden europäischen Rechtsverbindlichkeiten, wie solche durch völkerrechtliche Verträge herbeigeführt würden, bezweckt.

In der ersten Abgeordneten-Sitzung des österreichischen Reichsraths wurde Graf Franz Caronini mit 338 (von 341) Stimmen zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt. Derselbe dankte für die ihm erwiesene Ehre und erbat sich das Vertrauen und die Unterstützung der Versammlung. Nach einem Lob, welches er seinem Vorgänger, Grafen Rechbauer, spendete, begrüßte er sympathisch die nach langjähriger Abwesenheit wieder in das Abgeordnetenhaus eintretenden Czechen und versprach ihnen Berücksichtigung ihrer Forderungen, soweit sie mit den Existenzbedingungen der Monarchie zu vereinbaren seien, sprach aber auch die Hoffnung aus, sie würden ihrerseits die Rechte der Verfassung, die Staatsgrundgesetze dem Reiche unverkümmert erhalten und wünscht, unter Hinweis auf die friedlich vollzogene Occupation Novibazars, daß der alte Zwist im Abgeordnetenhause nicht wieder aufleben möge. In das am Schluß der Rede auf den Kaiser ausgebrachte Hoch stimmte die Versammlung begeistert ein.

Englands schwere Aufgabe, in Afghanistan Zustände zu schaffen, wie sie den indo-britischen Interessen angemessen sind, ist um einen bedeutenden Schritt gefördert. Die englischen Truppen haben Kabul und wie gemeldet wird, auch Jellalabad besetzt. Jetzt wird es sich zunächst darum handeln, der Anführer und Theilnehmer an der Mordthat vom 3. September habhaft zu werden und ihnen den Prozeß zu machen. Der Emir Fakub Khan, welcher den General Roberts bei seinem siegreichen Einzuge in Kabul begleitete, wird bei den Maßregeln der Engländer nur den stummen Zeugen abgeben und sein Loos sich erst in dritter Reihe entscheiden. Außerdem werden die Engländer anscheinend noch ernste Arbeit bekommen, ehe sie den Aufstand völlig gedämpft haben. Nach einem Telegramm aus Simla wurde das englische Lager bei Alifheil von großen Streitkräften der benachbarten eingeborenen Stämme angegriffen, die englischen Truppen schlugen jedoch den Angriff ab und zerstörten durch einen Ausfall den Feind, welcher 23 Tode zu rückließ. Die englischen Truppen hatten 5 Verwundete. General Roberts erließ bei seinem Einzuge in Kabul eine Proclamation, nach welcher die Citadelle, Balahissar und alle Gebäude in Kabul, welche die militärische Besatzung erschweren könnten, zerstört werden sollen, die Bürgerschaft hat eine Contribution zu entrichten, Kabul und Umgebung werden unter einen militärischen Gouverneur gestellt und in Belagerungszustand erklärt, die Bewohner haben sämtliche Waffen abzuliefern, wer nach Verlauf von 8 Tagen noch im Besitze von Waffen betroffen wird, soll mit dem Tode bestraft werden. Für die Gefangennahme der Theilnehmer an der Ermordung der englischen Gesandtschaft wird für jeden einzelnen eine Prämie von 50 Rupien versprochen. — Die Annexion des Traalvaallandes in Südafrika soll nach einer Rede, welche der englische General Wolseley in Pretoria vor den versammelten Boers gehalten hat, von der englischen Regierung unwiderruflich beschlossen sein. Die Boers wollen sich nur bei Wahrung ihrer bisherigen Unabhängigkeit zufrieden erklären.

Die französische Regierung geht endlich mit ersten Maßregeln gegen die regierungsfeindlichen Bestrebungen vor und haben dieselben zunächst die Beamtenkreise betroffen. Der Minister des Innern entließ 23 Maires und Beigeordnete, welche an legitimistischen Banketts, und 2 andere, welche an Banketts zu Ehren Blanqui's theilnahmen, aus ihren Aemtern im Staatsdienst. Bei den Banketts waren auf-

rührerische Reden gehalten worden. — Um auch das letzte Mittel zur Fernhaltung der Radikalen von den Gemeindegäubern zu versuchen, soll auf Wunsch der Regierung die Wahl des Communisten Humbert zum Pariser Gemeinderathsmitgliede für ungültig erklärt werden, weil nach Artikel 5 des Gesetzes vom 7. Juli 1874 zur Bekleidung von Gemeindegäubern ein vorheriger Aufenthalt in der betr. Gemeinde von wenigstens 6 Monaten erforderlich ist. Diese Erklärung soll durch den Seine-Präfect abgegeben werden.

Die italienische Regierung hat das Entlassungs-Gesuch des italienischen Botschafters zu Paris, Generals Cialdini, genehmigt. Ueber den Nachfolger für den Pariser Gesandtschaftsposten ist noch nichts bekannt.

Daß in Rußland die Besorgniß vor weiteren Ausschreitungen der Nihilisten noch längst nicht geschwunden ist, trotz aller Zwangsmaßregeln der russischen Polizei, beweisen die verschärften Instructionen, welche der letzteren in Bezug des Gebrauchs der Schießwaffe neuerdings ertheilt worden sind. Hiernach sollen die russischen Polizeibeamten von der Schießwaffe nicht nur zur Verteidigung der eigenen Person oder bei Verfolgung von Verbrechern z. B. Gebrauch machen, sondern sie auch bei Zusammenrottungen und Volksausläufen anwenden. Vermuthlich befürchtet man Vorgänge der letztgenannten Art bei Gelegenheit des großen Prozesses, welcher in nächster Zeit vor dem Petersburger Gerichtshof gegen 25 Nihilisten, unter denen sich auch mehrere Frauen befinden, geführt werden wird. — Zum russischen Gesandten in der Schweiz ist der Staatssecretär im Ministerium des Aeußeren, Geheimrath von Hamburger, ernannt worden, an Stelle des Geh. Rathes von Kogebue, welcher von seinem Posten entfernt worden sein soll, weil es ihm nicht gelungen wäre, die nihilistische Propaganda in der Schweiz genügend zu beaufsichtigen.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die dortige russische Gesandtschaft große Anstrengungen gemacht habe, den Sultan zur Ernennung des russenfreundlichen Mahmud Nedim Pascha zum Großvezier zu bewegen. Der Sultan habe durch Osman Pascha an den Fürsten Lobanoff die Bitte richten lassen, auf diese Angelegenheit nicht mehr zurückkommen zu wollen, da die augenblickliche Lage der türkischen Regierung nicht dazu angethan sei, um so durchgreifende Veränderungen im Ministerium vornehmen zu können. Der deutsche Botschafter, Graf Hayfeldt, hat dem Sultan von der Berufung Mahmuds abgerathen.

Zu der rumänischen Deputirtenkammer ist neben den Beratungen über die immer noch nicht entschiedene Judenfrage ein vom Minister des Innern vorgelegter Entwurf eines Gesetzes wegen Unterstützung der durch die schlechte Maisernte subsistenzlos gewordenen Individuen zu dringender Verhandlung gebracht, da dieselben durch eine Hungerstoth bedroht werden.

Zwischen China und Japan droht der Ausbruch eines Krieges, und schon blicken die Engländer mit Sorgen auf die neuen Gefahren, welche ihren Interessen an der asiatischen Ostküste aus einem solchen Kriege erwachsen könnten, da Rußland in den dortigen Gewässern eine bedeutende Flottenmacht unterhält und sich leicht als Dritter an dem Kriege theilnehmen möchte.

Die Einnahme von Kabul.

Schneller, als wohl selbst die eifrigsten Anhänger der englischen Annexionspolitik gehofft, haben sich die britischen Truppen Kabuls, der meuterischen Hauptstadt Afghanistan's, bemächtigt. Die Aufrührer leisteten nach einem mißglückten Angriff auf das britische Lager keinen Widerstand mehr, sondern flohen bei dem Herannahen der englischen Truppen. Nachdem bereits am 9. d. M. die englische Kavallerie in Kabul eingerückt und am 11. die Citadelle von den